

**Mag. Alexander Schallenberg**  
Bundesminister

Minoritenplatz 8, 1010 Wien, Österreich

Herrn  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Präsident des Nationalrates  
Parlament  
1017 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.330.015

Wien, am 2. Juli 2021

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Harald Troch, Kolleginnen und Kollegen haben am 3. Mai 2021 unter der ZI. 6533/J-NR/2021 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „das Abstimmungsverhalten Österreichs bei der jüngsten Jahrestagung des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen über Resolutionen betreffend den Nahostkonflikt“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

**Zu den Fragen 1 bis 6:**

- *Warum hat Österreich bei der im offenen Brief genannten Resolution abweichend von allen anderen EU-Staaten – mit Ausnahme von Bulgarien – gestimmt?*
- *Warum hat Österreich damit eine radikale Veränderung der bisherigen österreichischen Nahostpolitik vorgenommen?*
- *Auf welcher Basis und unter Berücksichtigung welcher politischen, völkerrechtlichen und sonstiger Gesichtspunkte ist dieser außenpolitische Kurswechsel zustande gekommen?*
- *Hat es in den letzten Jahren in der Entwicklung des Völkerrechts derart schwerwiegende Veränderungen gegeben, die einen derartig gravierenden Schwenk rechtfertigen würden?*

- *Wie und unter Beachtung welcher sachlichen Beweggründe ist dieses Abweichen von grundlegenden, menschenrechtlichen Positionen zustande gekommen?*
- *Teilen Sie die Auffassung, dass eine derartig gravierende Positionsänderung in einem für Österreich und Europa äußerst wichtigen Bereich der Außenpolitik nur auf Basis einer breiten öffentlichen Diskussion und nach Befassung des Außenpolitischen Ausschusses des Nationalrates vorgenommen werden sollte?*

Weder ist Österreich bei den abgefragten Abstimmungen von einer einheitlichen EU-Linie abgewichen, noch hat Österreich eine Veränderung seiner bisherigen Nahostpolitik vorgenommen. Im Gegenteil: Österreich tritt nach wie vor – im Einklang mit der Europäischen Union – für eine verhandelte Zwei-Staaten-Lösung auf Basis des Völkerrechts ein. Eine Lösung, die es Israelis wie Palästinensern gleichsam ermöglicht, in Frieden und Sicherheit Seite an Seite zu leben. Wir unterstützen entsprechende internationale Bemühungen. Österreich bekennt sich darüber hinaus zu Israel als jüdischem und demokratischem Staat und zu seiner Sicherheit. Ebenso ist im Regierungsprogramm verankert, dass Österreich Initiativen und Resolutionen in internationalen Organisationen nicht unterstützen wird, die dem obgenannten Bekenntnis zu Israel zuwiderlaufen. Diese Position wird von uns konsequent umgesetzt. Darüber hinaus verweise ich auf meine Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Zl. 6426/J-NR/2021 vom 22. April 2021.

Mag. Alexander Schallenberg

